



Editorial

Die allgemeinen Konjunkturaussichten sind derzeit ungünstig – und „die Städte hoffen auf Bescherung“ durch den Bund, wie im Titel eines Artikels in der F.A.Z. kurz vor Weihnachten 2008 zu lesen war. Manche Interessenvertreter der Kommunen reagieren geradezu euphorisch, und viele Städte melden bereits lange Wunschlisten mit dringlichen Finanzierungsbedarfen an. Endlich könnten Bund (und Länder) geneigt sein, mehr Finanzmittel für lokale Infrastruktureinrichtungen lockerzumachen, die vielerorts in einem maroden Zustand sind. Kann eine gesamtwirtschaftliche Krise für Teile des öffentlichen Sektors auch ihre guten Seiten haben, haben wir es jetzt also auf einmal mit einer „guten Konjunktur für die Städte und Gemeinden“ zu tun?

Die Kommunen sind die wichtigsten Träger von Infrastrukturinvestitionen. Insofern ist es wenig überraschend, wenn zur Konjunkturstabilisierung nach einer Ausweitung der kommunalen Investitionstätigkeit gerufen wird. Kommunale Infrastruktur muss aber kontinuierlich vorgehalten und bei Bedarf stets erneuert oder an veränderte Ansprüche angepasst werden – nicht nur in einer wirtschaftlichen Krise! Wenn jetzt, wie teilweise vorgeschlagen, die Verschuldungsgrenzen für die kommunalen Haushalte nach oben verschoben werden sollten, so wird damit die Fähigkeit der Kommunen eingeschränkt, auch in Zukunft für eine gute infrastrukturelle Ausstattung zu sorgen. Wichtig ist: Die Städte und Gemeinden müssen vor allem über stetig fließende Einnahmequellen verfügen; bei kurzfristigen Finanzierungsprogrammen zugunsten der kommunalen Ebene besteht auch die Gefahr, dass es teilweise zu Maßnahmen kommt, die an den konkreten lokalen Bedarfen vorbeigehen, einfach weil jede Kommune „dabei sein“ will. Diese Gefahr würde noch zunehmen, wenn auf eine Eigenbeteiligung der Kommunen an den Investitionen verzichtet werden sollte.

Wissenschaft und kommunale Praxis sind sich seit langem darüber einig, dass das heutige Gemeindefinanzsystem in Deutschland dringend reformbedürftig ist. Wesentliche Vorschläge für eine Reform liegen auf dem Tisch und könnten rasch umgesetzt werden. Der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit wird auch zu deutlich rückläufigen Einnahmen der Kommunen führen – aufgrund der zu hohen Konjunkturreakibilität des Gemeindefinanzsystems. Hierin liegt aber nur einer von vielen Kritikpunkten am Status quo. Neben den heutigen kommunalen Steuern steht auch die Überregulierung der kommunalen Aufgabenerfüllung durch Bund und Länder seit langem in der Kritik. Vor diesem Hintergrund wären die kommunalen Verbände gut beraten, wenn sie in der Diskussion über eine Mitwirkung der Kommunen an den „Konjunkturpaketen“ auch die Forderung thematisieren würden, dass Bund und Länder jetzt endlich Ernst mit einer nachhaltigen Gemeindefinanzreform machen sollten. Erst diese wäre dann eine wirkliche „Bescherung“ für die Kommunen.

Martin T. W. Rosenfeld
Leiter der Abteilung Städtökonomik